

EVP: Klar gegen die Volkswahl des Bundesrates

An ihrer Parteiversammlung fasste die Evangelische Volkspartei EVP die Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 9. Juni.

Keine Gnade fand die Initiative "Volkswahl des Bundesrates". Die bei einem solchen Systemwechsel erwarteten Nachteile wiegen offenbar weit schwerer als die verheissenen Vorteile. Befürchtet wird, dass nicht das Volk, sondern der prallere Geldbeutel Gewinner solcher Wahlen wäre. Der Bundesrat müsste - auf Kosten des Tagesgeschäftes - zu viel Zeit in den Wahlkampf investieren, und die Gefahr, dass für Bundesratskandidaten und -kandidatinnen wegen der hohen Wahlkampfkosten Abhängigkeiten entstehen, darf auch nicht unterschätzt werden. Die heute gut funktionierenden demokratischen Spielregeln würden mit dem neuen System nicht verbessert, zumal die Initiative in vielen Punkten nicht konkret ist. Einstimmig wurde deshalb die Nein-Parole gefasst.

Weniger einig war man sich bei den Änderungen des Asylgesetzes. Einerseits sprechen christliche oder ethische Gründe gegen eine Verschärfung des Gesetzes auf Kosten der Schwächsten. Andererseits gewährt das neue Gesetz gerade den Schwachen unter den Asylsuchenden und der einheimischen Bevölkerung mehr Schutz. Mit der Möglichkeit, anstelle der bisherigen Botschaftsgesuche ein humanitäres Visum beantragen zu können, erhalten politisch Verfolgte nach wie vor Schutz vor der Willkür ihres Heimatstaates. Eine speditive Behandlung der Gesuche innert nützlicher Frist verhindert, dass vorläufig zugelassene Asylsuchende sich längst in der Schweiz eingelebt haben, wenn sie dann doch noch einen negativen Entscheid erhalten und in ein ihnen fremd gewordenes Heimatland zurück kehren müssen. Mit grosser Mehrheit wurde deshalb beschlossen, die Änderungen des Asylgesetzes zur Annahme zu empfehlen.

Die städtische Vorlage über den Verkauf der Parzelle Hohberg wurde kontrovers diskutiert und schliesslich als guter Kompromiss akzeptiert. Der Verlust von Grünfläche und stadteigener Baulandreserve wird wettgemacht durch die Tatsache, dass bei diesem Projekt trotz Verkauf die Mitsprache der Stadt gesichert ist und der Erlös in den Fonds für Wohnraumentwicklung fliesst. Ohne Gegenstimme wurde deshalb die Ja-Parole beschlossen.

Kantonalpartei EVP Schaffhausen